Pressemitteilung Offene Linke Ansbach e.V. 24.07.2009

Auch neuer "Urlas-Knoten" Monsterprojekt ohne Nutzen für Verkehrsteilnehmer:

"Stadt darf ihren Namen nicht für Steuergeldverschwendung und Enteignung hergeben"

Baulastträgerschaft entschieden abgelehnt - Stadtrat darf sich nicht erpressen lassen

Der im Bauausschuss am 20.07. in öffentlicher Sitzung vorgestellte neue Urlas-Knoten ist eine "Kopie in Grün" des alten Monsterprojekts des Leiter des Staatl. Bauamts, Helmut Arndt, unwesentlich nach Westen verschoben. Die Kosten haben sich lediglich um 19% in der Vorplanung reduziert, der Flächenfraß ist mit über sechs Hektar immens.

Dafür soll die Stadt jetzt ganz andere Kröten schlucken: Die Baulastträgerschaft für eine Gemeindeverbindungsstraße (Kostenpunkt: eine Million Euro im Vorentwurf). Die erste, die von keinem Ansbacher Verkehrsteilnehmer genutzt werden könnte. Quasi ein "Weg ins Nirgendwo", der an einer bis an die Zähne bewaffneten Kontrollstelle eines umzäunten US-Militärgebietes endet.

Der Chefplaner Arndt schwadroniert seit zwei Jahren nebulös von einer angeblichen "Notwendigkeit" des Knoten für die Verkehrssicherheit.
Dafür brauchen die Anwohner von Eyb, Pfaffengreuth, Rabenhof und Kammerforst aber keinen Knoten, sondern nur einen sicheren Überweg für Fußgänger und Radfahrer, etwa durch eine Unterführung an der Einmündung Hochstraße in die B 14.

Arndt nimmt auch eine zusätzliche Verkehrsbelastung durch die US-Trabantenstadt am Urlas von 5.500 Fahrten am Tag an, begründet so die Notwendigkeit der Vierspurigkeit der B14 und damit den Garaus für einen Kreisverkehr. Zahlen, die nie erreicht werden können, nachdem der US-Armee bereits im ersten Bauabschnitt das Geld ausgegangen ist und die Zahl der Soldatenhäuser um 30% reduziert wurden.

Sollte der Stadtrat der Baulastträgerschaft zustimmen, handelt er unverantwortlich und unmoralisch. Unmoralisch, weil er dann im Namen der Stadt Ansbach mehrere Grundstückseigner möglicherweise in ein Enteignungsverfahren zwingen müsste.
Unverantwortlich, weil die Kosten der "Straße ins Nirgendwo" mit alleinigem Nutzen für das US-Militär wohl erneut dem deutschen Steuerzahler aufgebürdet werden.

Oberbürgermeisterin Carda Seidel hat mit parlamentarischer und außerparlamentarischer Unterstützung bewiesen, dass die Behauptung der abgewählten Stadtspitze, die Stadt könne die US-Ausbaupläne nicht beeinflussen, falsch waren. OB und Stadtrat haben bisher nur einen Teilerfolg erreicht und müssen weiter für die Bedürfnisse der Ansbacher Verkehrsteilnehmer arbeiten, ohne sich von Erpressungsversuchen des Staatl. Bauamts bei Ablehnung der Bauträgerschaft "eine Ampelanlage am Soldatenweiher" zu bauen, beirren zu lassen. Vielmehr ist es möglich, die Militärsiedlung (zumindest den 1. Bauabschnitt) am Urlas über bestehende Straßen und Kontrollpunkte an der Shipton-Kaserne anzubinden. So würde die mit dem Urlas-Knoten einhergehende Steuergeldverschwendung von mindestens 4,2 Millionen Euro und die unnötige Flächenversiegelung verhindert werden.

Die OB macht sich dann auch nicht zum "Don Quichote", wenn sie weiter für eine Lösung am Windmühlberg arbeitet, die wirklich der Verkehrssicherheit und nicht nur militärischen Wünschen dient. Nein, sie könnte höchstens eine Jeanne d´Arc Ansbachs werden. Kein Ansbacher will und braucht den Urlas-Knoten!

gez. Boris-André Meyer;
Stadtrat, Vorsitzender der Offenen Linken Ansbach e.V.